

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Daniel Göler/Florence Reiter

Die in den vergangenen Jahren zu beobachtende Dynamik in der Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) hat im zweiten Halbjahr 2019 und im ersten Halbjahr 2020 deutlich abgenommen. Dies lag unter anderem auch an der Übergangsphase zwischen den Wahlen zum Europäischen Parlament und dem verspäteten Amtsantritt der neuen Europäischen Kommission am 1. Dezember 2019 sowie der durch die Covid-19-Pandemie ausgelösten Krise, die ab Februar 2020 sämtliche Aufmerksamkeit gebunden und durch die physischen Einschränkungen auch die administrative und politische Zusammenarbeit massiv behindert hat. Diese Abschwächung der internen Reformdynamik trifft allerdings auf ein nach wie vor sehr herausforderndes sicherheitspolitisches Umfeld. Neben den die vergangenen Jahre bestimmenden Krisenherden im erweiterten Nachbarschaftsraum und dem noch immer ungeklärten künftigen Verhältnis zum Vereinigten Königreich haben vor allem die Aufkündigung des Mittelstrecken-Nuklearstreitkräfte-Vertrages (Intermediate Nuclear Forces Treaty, INF-Vertrag) und Open-Sky-Abkommens durch die USA sowie die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen zum New START-Abkommen den sicherheitspolitischen Diskurs bestimmt. Die dahinterstehende Frage der künftigen sicherheitspolitischen Ausrichtung der USA lässt die Debatten über eine zukünftige strategische Autonomie der EU in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen umso dringlicher erscheinen.

Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, Europäischer Verteidigungsfonds und Interventionsinitiative

Mit der Initiierung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) im Jahr 2017 waren weitreichende Erwartungen an eine Vertiefung der GSVP verbunden. Tatsächlich zeugten die Beteiligung fast aller Mitgliedstaaten und die schnelle Beschlussfassung über zahlreiche SSZ-Projekte von einer erheblichen Dynamik. So wurden in den Jahren 2017 und 2018 in zwei Runden insgesamt 34 konkrete Projekte lanciert.¹ Dieser Trend setzte sich auch im vergangenen Jahr fort, da der Rat im November 2019 weitere 13 Projekte beschloss.² Inhaltlich erstrecken sich diese neuen Projekte ausschließlich auf Kooperationen im Bereich Ausbildung, Aufklärung und Fähigkeitsentwicklung, womit sich der Trend der ersten beiden Projektwellen fortsetzt. Neben dieser inhaltlichen „Beschränkung“ fällt an den im Jahr 2019 verabschiedeten SSZ-Projekten auch die sehr unterschiedliche Beteiligung der Mitgliedstaaten auf. Während Frankreich sich an insgesamt zehn der 13 Projekte beteiligt und damit seinen Führungsanspruch in der sicherheits- und verteidigungspolitischen Kooperation unterstreicht, nimmt Deutschland nur an zwei Projekten teil.

1 Vgl. Daniel Göler/Florence Reiter: Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2019, Baden-Baden 2019, S. 325-330, hier S. 328.

2 Vgl. Rat der Europäischen Union: Permanent Structured Cooperation (PESCO)'s Projects – Overview, Brüssel 2019, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/media/41333/pesco-projects-12-nov-2019.pdf> (letzter Zugriff: 13.7.2020).

Angesichts der Debatten um eine größere sicherheitspolitische Verantwortung Deutschlands wirft diese Beschränkung an der neuen SSZ-Projektrunde durchaus kritische Fragen auf. Ebenfalls bemerkenswert ist, dass trotz der Feststellung des Rates vom Juni 2019, „that a third State could, and would need to, provide substantial added value to the PESCO projects“³, bisher in keinem der insgesamt 47 SSZ-Projekte ein Drittstaat beteiligt ist. Vor diesem Hintergrund ist auch die Initiative von Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer zu sehen, im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft die Regelung für eine Beteiligung von Drittstaaten in der SSZ zu stärken.⁴

Da die Initiierung von SSZ-Projekten auch durch die Möglichkeit der Kofinanzierung durch den 2017 geschaffenen Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) begünstigt wird, ist der Ende Mai 2020 von der Europäischen Kommission im Lichte der durch die Covid-19-Pandemie ausgelösten Krise vorgelegte neue Entwurf für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 durchaus kritisch zu sehen.⁵ Denn dieser sieht gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsentwurf aus dem Jahr 2018 deutliche Einsparung beim EVF vor.⁶ Da aber das vorgesehene jährliche Budget weiterhin deutlich über dem der Startphase des Fonds liegt, setzt auch der aktuelle Entwurf für den MFR positive Impulse für die Vertiefung der GSVP im Bereich der Fähigkeitsentwicklung. Ergänzt werden diese erweiterten finanziellen Möglichkeiten auf administrativer Ebene durch die im Jahr 2019 erfolgte Einrichtung einer eigenen Generaldirektion für Verteidigungsindustrie und Raumfahrt (Defence Industry and Space, DG DEFIS)⁷, welche zu einer besseren Koordinierung in der Fähigkeitsentwicklung beitragen könnte und zudem die Sichtbarkeit der Europäischen Kommission in rüstungspolitischen Fragen erhöht.

Weiterentwickelt hat sich in den vergangenen beiden Halbjahren auch die Europäische Interventionsinitiative (EI2), die formal zwar außerhalb der EU-Strukturen angesiedelt ist, aber von ihren Initiatoren klar als Ergänzung der GSVP gesehen wird. Zu nennen ist hier in erster Linie der Beitritt weiterer Staaten: Norwegen und Schweden unterzeichneten eine Beitrittsnote während des EI2-Verteidigungsministertreffens im September 2019⁸ und Italien erklärte im September 2019, dass es seine bisherigen Vorbehalte aufgeben und sich

3 Rat der Europäischen Union: Council Conclusions on Security and Defence in the Context of the EU Global Strategy – Council Conclusions, 17. Juni 2019, Dok. 10048/19, S. 9.

4 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung: Gemeinsam: Europa wieder stark machen: Prioritäten in Sicherheit und Verteidigung. Virtuelle Diskussionsrunde zum Auftakt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft mit Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, 8.7.2020, abrufbar unter: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/akk-startschuss-deutsche-eu-ratspraesidentschaft-bmvg-275918> (letzter Zugriff: 13.7.2020).

5 Vgl. Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Der EU-Haushalt als Motor für den Europäischen Aufbauplan, COM(2020) 442 final.

6 Vgl. Peter Becker: Ein neuer Haushalt für die EU. Die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027, SWP-Studie 14/2019, S. 25; Steven Erlanger: European Defense and „Strategic Autonomy“ Are Also Coronavirus Victims, 23.6.2020, abrufbar unter: <https://www.nytimes.com/2020/05/23/world/europe/defense-autonomy-europe-coronavirus.html> (letzter Zugriff: 13.7.2020).

7 Siehe Webseite der neuen Generaldirektion DEFIS: Europäische Kommission: Defence Industry and Space, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/info/departments/defence-industry-and-space_en (letzter Zugriff: 13.7.2020).

8 Vgl. Regierung Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Estlands, Finnlands, Frankreichs, der Niederlande, Portugals, Spaniens und des Vereinigten Königreichs: Joint Statement. European Intervention Initiative. Meeting of the Ministers of Defence, 26.9.2019, abrufbar unter: <https://www.rijksoverheid.nl/documenten/besluiten/2019/09/26/joint-statement-european-intervention-initiative-meeting-of-ministers-of-defence> (letzter Zugriff: 13.7.2020).

der Initiative anschließen werde.⁹ Der Beitritt Norwegens unterstreicht dabei den Grundgedanken der EI2, einen über die EU hinausgehenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Kooperationsrahmen in Europa zu schaffen. Die inhaltliche Ausgestaltung der EI2 bleibt allerdings bisher eher vage, auch wenn der französische Präsident Emmanuel Macron diese im Februar 2020 als historischen Schritt („pas historique“)¹⁰ bezeichnete. Daran hat auch das Treffen der EI2-Verteidigungsminister vom September 2019 wenig geändert, welches sich – neben der genannten Aufnahme neuer Mitglieder – vor allem mit internen Organisationsfragen wie der Tagungsfrequenz auf Minister- und Beamtenebene befasste.¹¹ Daneben wurden im Wesentlichen nur die bereits im Gründungsdokument dargelegten inhaltlichen Ziele wiederholt, inklusive der dort verankerten „caveats“ („not duplicate activities within the EU, NATO, UN, the OSCE or ad hoc coalitions [...], it will not create a new rapid reaction force“¹²). Die bisher kaum erfolgte weitere inhaltliche Ausgestaltung ist dabei vor allem im Zusammenhang mit dem noch immer ungeklärten zukünftigen Verhältnis der EU zum Vereinigten Königreich zu sehen.¹³ Da die EI2 immer auch den Rahmen für die künftige sicherheitspolitische Anbindung des Vereinigten Königreichs an die EU bilden sollte, kann die inhaltliche Ausgestaltung der EI2 erst dann sinnvoll erfolgen, wenn das künftige Verhältnis beider Partner geklärt ist.

Deutsch-französische Initiativen zur Weiterentwicklung der GSVP

Der Deutsch-Französische Verteidigungs- und Sicherheitsrat betonte in einer gemeinsamen Erklärung vom Oktober 2019 in Toulouse, dass beide Nationen ihre Zusammenarbeit weiter verstärken wollen.¹⁴ Dabei beabsichtigen Deutschland und Frankreich den Verteidigungs- und Sicherheitsrat „als strategisches Steuerungsgremium auf höchster politischer Ebene [...zu] etablieren“.¹⁵ Weiterhin setzen sich beide Staaten das Ziel, während ihrer jeweiligen Ratspräsidentschaft „die Handlungsfähigkeit Europas im Bereich der Verteidigung zu verbessern“.¹⁶ Insbesondere im operativen Bereich soll die Effizienz der GSVP in gemeinsamen Missionen erhöht werden. Die EI2 soll ergänzend genutzt werden, um auch mit anderen europäischen Partnern gemeinsam eine strategische Kultur zu entwickeln. Ein weiterer Schwerpunkt der angestrebten intensivierten Kooperation liegt in der „Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungsindustrie“.¹⁷ In diesem Kontext geht es zum einen um die Erarbeitung einer „gemeinsame[n] Position zum Export gemeinsamer Rüstungsprojekte“¹⁸ und zum anderen um die Entwicklung konkreter Gemeinschaftsprojekte wie dem „Main Ground Combat System“ (MGCS) und dem Luftkampfsystem „Next Generation Weapon System“ (NGWS) als Teil des „Future Combat Air Systems“

9 Vgl. Regierung Italiens: Italian Ministry of Defence: Italy Joins the European Intervention Initiative (Press Release), 20.9.2019, abrufbar unter: http://www.difesa.it/EN/Primo_Piano/Pagine/hwyeiry.aspx (letzter Zugriff: 2.9.2020).

10 Emmanuel Macron: Discours à la conférence de Munich sur la sécurité 2020, 15.2.2020, abrufbar unter: <https://www.elysee.fr/front/pdf/elysee-module-15200-fr.pdf> (letzter Zugriff: 13.7.2020).

11 Vgl. Regierung Belgiens et al.: Joint Statement, 2019.

12 Regierung Belgiens et al.: Joint Statement, 2019.

13 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Brexite“ in diesem Jahrbuch.

14 Vgl. Regierung Deutschlands/Regierung Frankreichs: Deutsch-Französischer Verteidigungs- und Sicherheitsrat. Toulouse, 16. Oktober 2019, Vereinbarte Schlussfolgerungen, 16.10.2019, abrufbar unter: https://www.diplomatie.gouv.fr/IMG/pdf/191016-erklarung-data_cle0d7142.pdf (letzter Zugriff: 8.7.2020), S. 1.

15 Vgl. Regierung Deutschlands/Regierung Frankreichs: Vereinbarte Schlussfolgerungen, 2019, S. 1.

16 Regierung Deutschlands/Regierung Frankreichs: Vereinbarte Schlussfolgerungen, 2019, S. 2.

17 Regierung Deutschlands/Regierung Frankreichs: Vereinbarte Schlussfolgerungen, 2019, S. 4.

18 Regierung Deutschlands/Regierung Frankreichs: Vereinbarte Schlussfolgerungen, 2019, S. 4.

(FCAS). Dabei handelt es sich um eine Kombination von bemannten und unbemannten Systemen, die ab 2040 einsatzbereit sein sollen¹⁹, was in Anbetracht der zuvor nicht vorhandenen Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs bei Kampfflugzeugen als wichtiger Fortschritt eingestuft werden kann. Insbesondere das NGWS, bei dem neben Deutschland und Frankreich auch Spanien beteiligt ist, nahm in den vergangenen beiden Halbjahren weiter Gestalt an. Dies unterstreicht, dass das deutsch-französische Tandem „immer offen für den Verbund mit anderen“²⁰ ist, wie Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2020 betonte.

Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich der GSVP

Mit Beginn der EU-Ratspräsidentschaft hat Deutschland seinen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Anspruch für die Amtsperiode deutlich gemacht. So betonte Kramp-Karrenbauer, dass Europa im Bereich Sicherheit und Verteidigung widerstandsfähiger sein und seine Rolle als globaler Akteur im internationalen Krisenmanagement festigen und ausbauen müsse.²¹ Sie unterstrich auch, dass das Thema Sicherheit und Verteidigung künftig eher europäisch statt national gedacht werden müsse. Dazu gehöre auch, strategische Ziele klar und in politischer Einigkeit zu formulieren. Zur Förderung der Operationalisierung einer gemeinsamen Strategie, soll – entsprechend der Forderung des Rates vom Juni 2020²² – unter deutscher Ratspräsidentschaft auch die Entwicklung eines „Strategischen Kompasses“ vorangetrieben werden.²³ Diese Ziele sind als durchaus ehrgeizig einzustufen. Inwieweit die Umsetzung dieser vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Interessen und auch der verschiedenen strategischen Kulturen der Mitgliedstaaten machbar ist, ist allerdings offen.

Der Umgang mit der Covid-19-Pandemie spielt auch in Bezug auf die GSVP eine Rolle im Programm der deutschen Ratspräsidentschaft. So werde Deutschland „ein besonderes Augenmerk auf die nachhaltige Optimierung der externen EU-Krisenpräventions- und -reaktionsfähigkeiten legen. Dies beinhaltet auch verbesserte und resilientere Strukturen und Prozesse sowie konkrete Projekte im Bereich der GSVP“.²⁴ Zu den Plänen gehören die Förderung der Kohärenz aller Verteidigungsinitiativen der EU, die vollständige Umsetzung des Paktes für die Weiterentwicklung der zivilen GSVP sowie die Stärkung der zivil-militärischen Führungs- und Planungsstrukturen für exekutive GSVP-Einsätze.

19 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung: 10. Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Rüstungsangelegenheiten. Teil 1, Dezember 2019, abrufbar unter: <https://www.bmvg.de/resource/blob/161466/688cf41b8379db585b70dfc1487aa714/20191205-download-ruestungsbericht-herbst-2019-data.pdf> (letzter Zugriff: 2.9.2020), S. 16.

20 Bundesministerium der Verteidigung: „Defending The West“. Rede der Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 15.2.2020, abrufbar unter: <https://www.bmvg.de/resource/blob/182726/82e686b41c624f562e34d59b156884c1/20200215-download-rede-akk-data.pdf> (letzter Zugriff: 2.9.2020), S. 6.

21 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung: Gemeinsam: Europa wieder stark machen, 2020.

22 Vgl. Rat der Europäischen Union: Council Conclusions on Security and Defence, 17.6.2020, Dok. 8910/20, S. 3.

23 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung: Gemeinsam: Europa wieder stark machen, 2020.

24 Bundesregierung: Gemeinsam. Europa wieder stark machen. Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 1. Juli bis 31. Dezember 2020, Juni 2020, abrufbar unter: <https://www.eu2020.de/blob/2360246/d0e7b758973f0b1f56e74730bfdaf99d/pdf-programm-de-data.pdf> (letzter Zugriff: 2.9.2020), S. 7.

Geringe Dynamik bei operativen GSVP-Missionen

Die EU hat seit Gründung der GSVP zahlreiche zivile und militärische Missionen zur internationalen Krisenprävention und Krisenbewältigung durchgeführt. Vor allem in den ersten Jahren der GSVP sind diverse Operationen, auch im sogenannten robusten Spektrum, initiiert worden. Ab Ende der 2000er Jahre war jedoch ein Trend zu weniger und zu begrenzteren Missionen mit Schwerpunkten in den Bereichen Sicherheitssektorreform, Ausbildung und Grenzüberwachung zu beobachten. Dieser Trend hat sich in den vergangenen beiden Halbjahren fortgesetzt, in denen zwei neue Missionen gestartet wurden. Eine dieser Missionen, die EUNAVFOR MED IRINI²⁵ ist dabei allerdings eher als Ersatz beziehungsweise Nachfolge für die bis dahin bestehende Operation EUNAVFOR MED Sophia zu sehen. Deren Zielsetzungen wurden seit ihrer Initiierung im Jahre 2015 sukzessive erweitert und umfassten schließlich die Überwachung des Öl- und Waffenembargos gegenüber Libyen, die Unterstützung der Ausbildung der libyschen Küstenwache und Marine und die Bekämpfung des kriminellen Schleuserwesens. Letzteres stand besonders im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. In diesem Rahmen wurden auch zehntausende Flüchtlinge durch an der Operation beteiligte Schiffe aus Seenot gerettet. Allerdings konnten sich die Mitgliedstaaten der EU nicht auf ein System zur Verteilung der geretteten Menschen einigen, was dazu führte, dass der Einsatz von Schiffen ab März 2019 ausgesetzt wurde.²⁶ Seitdem ist diese Frage innerhalb der EU ungeklärt.²⁷ Auch blieb die Mission Sophia immer hinter ihren Zielsetzungen zurück, da der Eintritt in die ursprünglich geplante letzte Phase nie erfolgt ist. Der Fokus der Nachfolgeoperation IRINI, deren Mandat bis 31. März 2021 läuft, liegt nun auf der Durchsetzung des Waffenembargos der Vereinten Nationen gegen Libyen – mit Hilfe von Luft-, See- und Satellitenkapazitäten und mit dem Ziel, einen Waffenstillstand zwischen den Bürgerkriegsparteien zu erreichen.²⁸ Weiterhin wird die Ausbildung der libyschen Küstenwache gefördert sowie die illegale Ausfuhr von Erdöl, Rohöl und raffinierten Erdölzeugnissen überwacht. Das Vorgehen gegen Schleuser und Menschenhändlernetze erfolgt, wie während der letzten Monate von Sophia, nicht mehr auf See, sondern „durch Sammeln von Informationen und durch Patrouillen von Luftfahrzeugen“²⁹. Insgesamt erweckt die Operation einen deutlich weniger weitreichenden Eindruck als ihre Vorgängerin. Inwiefern die Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage im Bürgerkriegsland beitragen können, ist fraglich.

Grundsätzlich ist eine Fortsetzung des Trends zu begrenzten Missionen auch in den kommenden Jahren zu erwarten. So wird im Programm zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft ganz klar die sogenannte Ertüchtigungsinitiative³⁰ als Orientierung für militärische Missionen genannt, welche im Kern darauf abzielt, Drittstaaten zur Krisenbewältigung zu befähigen, anstatt die Krisenbewältigung durch eigene Kräfte durchzuführen. So heißt es

25 Vgl. Rat der Europäischen Union: Beschluss (GASP) 2020/472 des Rates vom 31. März 2020 über eine Militäroperation der Europäischen Union im Mittelmeer (EUNAVFOR MED IRINI), in: Amtsblatt der Europäischen Union, L 101/4 vom 1.4.2020.

26 Vgl. Rat der Europäischen Union: EUNAVFOR MED Operation Sophia: Mandat bis 31. März 2020 verlängert, Pressemitteilung, 26.9.2019, Dok-Nr. 609/19.

27 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik“ in diesem Jahrbuch.

28 Vgl. Josep Borrell: Remarks Following the Launch of the Operation IRINI, 31.3.2020, abrufbar unter: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/76832/operation-irini-remarks-high-representativevice-president-josep-borrell-following-launch_en (letzter Zugriff: 13.7.2020).

29 Rat der Europäischen Union: Beschluss (GASP) 2020/472, 2020.

30 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung/Auswärtiges Amt: Die Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung, Juli 2019, abrufbar unter: <https://www.bmvg.de/resource/blob/61338/83c5f00fd7761bad810c6b7be7cad6ba/b-02-03-ertuechtigungsinitiative-data.pdf> (letzter Zugriff: 13.7.2020).

im Programm zur deutschen Ratspräsidentschaft: „Die umfassende Ertüchtigung von Partnern im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität wollen wir mit einem strategischen Politikansatz gezielt gestalten“³¹. Vor diesem Hintergrund kann es durchaus als charakteristisch angesehen werden, dass die zweite neben IRINI neu initiierte GSVP-Mission, die Mission EUAM RCA (EU Advisory Mission in the Cenral African Republic), eine im Umfang recht kleine Beratungsmission zur Reform der internen Sicherheitskräfte in der Zentralafrikanischen Republik ist.³²

Fazit

In der Gesamtschau lässt sich damit einerseits ein gewisser Widerspruch zwischen den großen sicherheitspolitischen Herausforderungen auf der einen Seite und der Zurückhaltung der EU, eine aktive Rolle als Krisenmanagerin zu übernehmen, auf der anderen Seite feststellen. Zudem gibt es eine gewisse Gleichzeitigkeit ungleicher Entwicklungen, da zum einen ein Setzen auf Formen differenzierter Integration und damit eine gewisse Verlagerung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Kooperation aus dem Gesamt-EU-Rahmen heraus erkennbar ist. Zu nennen sind hier vor allem die SSZ und die EI2 aber auch bilaterale Initiativen wie im deutsch-französischen Kontext. Zum anderen findet sich eine für die GSVP ungewöhnliche Stärkung der Rolle der Europäischen Kommission durch die Aufstockung des EVF und die Schaffung der DG DEFIS.

Ob dieser Trend einer zunehmenden Differenzierung bei gleichzeitiger partieller Supranationalisierung charakteristisch für die künftige GSVP sein wird, bleibt abzuwarten. Darüber hinaus bleibt unklar, inwieweit sich die bisher nicht vorhersehbaren weiteren Folgen der Covid-19-Pandemie auf die EU im Ganzen und die Zusammenarbeit der einzelnen Mitgliedstaaten auswirken. Gerade deshalb kommt der deutschen Ratspräsidentschaft die wichtige Rolle zu, im Rahmen des umfassenden Wiederaufbauprogramms auch die Weiterentwicklung der GSVP auf die politische Agenda zu setzen.

Weiterführende Literatur

- Cornelia-Adriana Baciu/John Doyle (Hrsg.): *Peace, Security and Defence Cooperation in Post Brexit Europe, Risks and Opportunities*, Cham 2019.
- Daniel Göler: *The Current CSDP-Reform Debate and German Strategic Culture: Between Restraint and European Ambition*, in: *L'Europe en Formation* 2/2019, S. 143-160.
- Hendrik Hegemann/Ulrich Schneekener: *Politicising European Security: From Technocratic to Contentious Politics?*, in: *European Security* 2/2019, S. 133–152.
- Corentin Brustlein (Hrsg.): *Mutual Reinforcement: CSDP and NATO in the Face of Rising Challenges* (Études de l'Ifri Focus stratégique 93/2019), October 2019, abrufbar unter: https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/fs93_brustlein_ed_mutual_reinforcement_2019.pdf (letzter Zugriff: 2.9.2020).
- Falk Ostermann: *Security, defense discourse and identity in NATO and Europe: How France changed foreign policy*, London/New York 2019.
- J. Martin Ramírez/Jerzy Biziewski (Hrsg.): *Security and Defence in Europe. Advanced Sciences and Technologies for Security Applications*, Cham 2020.
- Kira Frankenthal: *The EU as a Maritime Security Actor in the Mediterranean Sea*, Baden-Baden 2019.

31 Bundesregierung: *Gemeinsam. Europa wieder stark machen*, 2020.

32 Vgl. Rat der Europäischen Union: *Beschluss (GASP) 2019/2110 des Rates vom 9. Dezember 2019 über die Beratungsmission der Europäischen Union im Rahmen der GSVP in der Zentralafrikanischen Republik (EUAM RCA)*, in: *Amtsblatt der Europäischen Union*, L 318/141 vom 10.12.2019.